



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Syrische Studierende in Sachsen-Anhalt unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Hochschulen und die Studentenwerke in geeigneter Weise in ihren Bemühungen zu unterstützen, den syrischen Studierenden zu helfen, ihr Studium unter den gegebenen erschwerten Bedingungen fortsetzen und ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Erforderlichenfalls soll sie selbst aktiv werden und zeitweilige Hilfen zur Verfügung stellen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass der Aufenthaltsstatus der syrischen Studierenden als Studentin bzw. Student durch die derzeit entstandenen Bedingungen nicht gefährdet wird.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie ihrerseits alles Erforderliche unternimmt, damit die syrischen Studierenden ihr Studium auch unter den Bedingungen der schweren Krise in ihrem Land in Deutschland fortsetzen können.
4. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Hochschulen, den Studentenwerken und mit weiteren für ausländische Studierende zuständigen Stellen geeignete Maßnahmen zur Hilfe und Unterstützung im Bedarfsfall für Studierende aus Krisengebieten festzulegen. Dabei sollen die Erfahrungen bei der Unterstützung syrischer Studierender und weiterer Studierender aus Krisengebieten berücksichtigt werden. Die Landesregierung soll bis zum I. Quartal 2013 den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft über die vorgesehenen Maßnahmen und die in sie eingeflossenen Erfahrungen informieren.

Begründung

In Folge der schwierigen Lage in Syrien und auch im Zusammenhang mit dem brutalen Vorgehen des syrischen Regimes gegen die Opposition und den bürgerkriegs-

(Ausgegeben am 12.09.2012)

ähnlichen Zuständen in diesem Land wurden Sanktionen verhängt, die u. a. auch Auswirkungen auf die Lage der syrischen Studierenden im Ausland haben. Nach dem Vernehmen der einbringenden Fraktion sind syrische Studierende auch in Sachsen-Anhalt von Finanztransfers aus ihrer Heimat abgeschnitten.

Damit entsteht eine für sie prekäre Situation ihren Lebensunterhalt und ihr Studium weiter zu finanzieren.

Außerdem gehört die finanzielle Unabhängigkeit der Studentinnen und Studenten zu den Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung ihres sicheren Aufenthaltsstatus. Es ist zu befürchten, dass dieser durch die ausbleibenden Finanztransfers gefährdet wird.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, den syrischen Studierenden in Sachsen-Anhalt auch in Anbetracht der besonderen Umstände in ihrem Land die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Studium unter angemessenen Bedingungen fortsetzen zu können.

Sie lässt sich dabei von menschlichen Erwägungen wie von der Überlegung leiten, dass Bildung und Qualifikation für die künftig zu erhoffende demokratische Entwicklung in Syrien von hoher Bedeutung sind.

Darüber hinaus geht die Fraktion DIE LINKE davon aus, dass es immer wieder – ggf. auch kurzfristig – dazu kommen kann, dass in Heimatländern ausländischer Studierender Krisensituationen ausbrechen, die eine schnelle und wirksame Unterstützung erfordern. Darauf zielt Punkt 4. des Antrages.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender